



Antragsbuch

1. Landeskongress 2025

DIE TAGESORDNUNG zum 1. Landeskongress 2025

Als **Tagesordnung** schlägt der Landesvorstand vor:

FREITAG, 7. März 2025

Beginn des Kongresses um 17:30 Uhr

TOP 1: Eröffnung durch die Landesvorsitzende

TOP 2: Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit

TOP 3: Wahl eines Tagungspräsidiums

TOP 4: Wahl einer Protokollführung

TOP 5: Genehmigung der Tagesordnung

TOP 6: Wahl einer Zählkommission

TOP 7: Berichte

- a) der Landesvorsitzenden
- b) des Landesschatzmeisters
- c) der Kassenprüfer
- d) der Ombudsmitglieder

TOP 8: Aussprache zu den Berichten

TOP 9: Entlastung des Schatzmeisters

TOP 10: Entlastung des Landesvorstandes

TOP 11: Wahlen zum Landesvorstand

- a) Wahl eines Landesvorsitzenden (w/m/d)
- b) Wahl von drei stellvertretenden Landesvorsitzenden (w/m/d)
- c) Wahl eines Landesschatzmeisters (w/m/d)
- d) Wahl von bis zu sieben Beisitzern (w/m/d)

TOP 12: Wahl mindestens einer und höchstens zweier Ombudspersonen

TOP 13: Wahl von Landeskassenprüfern (w/m/d)

Unterbrechung des Kongresses um 21:30 Uhr.

SAMSTAG, 8. März 2025

Fortsetzung des Kongresses um 11 Uhr

TOP 14: Grußworte

TOP 15: Beratung über Anträge zur Änderung der Landessatzung

TOP 16: Antragsberatung

TOP 17: Schlusswort des Landesvorsitzenden (w/m/d)

Ende des Landeskongresses um 18:00 Uhr.

.Kongressleitfaden

Der Landeskongress (kurz: LaKo) ist das höchste Beschlussorgan der Jungen Liberalen Berlin. Er tritt normalerweise dreimal im Jahr zusammen, unter anderem, um gemeinsam Anträge zu beraten und den Landesvorstand zu wählen. Antrags- und stimmberechtigt sowie redeberechtigt sind alle Mitglieder der JuLis Berlin - deshalb trau dich und melde dich für einen Wortbeitrag! Insbesondere Neumitglieder werden bei uns immer gerne gesehen und wir wollen euch explizit ermutigen, in die Debatten einzusteigen.

Anträge

Anträge konnten im Vorfeld des Landeskongresses online eingereicht werden. Die Reihenfolge, in der diese behandelt werden, wird in einer Umfrage, an der alle Berliner JuLis teilnehmen können, vor dem Kongress festgelegt (Alex-Müller-Verfahren). Satzungs- und Geschäftsordnungsänderungsanträge werden allerdings immer zuerst behandelt. Die Antragsberatung findet in drei Lesungen statt: Zu Beginn der ersten Lesung begründet der Antragsteller seinen Antrag. Daraufhin findet eine Generaldebatte statt, in der sich die Teilnehmer allgemein zu diesem äußern können. In der zweiten Lesung können Änderungsanträge zu einzelnen Textpassagen gestellt werden. Es ist möglich, diese zu streichen, durch einen anderen Text zu ersetzen, oder neuen Text hinzuzufügen. Die Änderungsanträge werden der Reihe nach aufgerufen und müssen von deren Antragsteller begründet werden, woraufhin eine Debatte über sie stattfindet. Daraufhin wird einzeln über sie abgestimmt, wenn sie nicht vom Antragsteller des Gesamtantrages übernommen wurden. Abstimmungen erfolgen in der Regel durch das Heben der Stimmkarte, seltener auch schriftlich. Wurden alle Änderungsanträge behandelt, wird in die dritte Lesung übergegangen, in der nochmal eine kurze Debatte stattfinden kann. Darauf folgt die Schlussabstimmung: Die Annahme eines Antrags erfordert eine einfache Mehrheit, bei Satzungsänderungsanträgen eine Zweidrittelmehrheit.

Wahlen

Der Landeskongress wählt u.a. den Landesvorstand, die Delegierten für den Bundeskongress, einen JuLis-Vertreter für den Landesvorstand der FDP Berlin und gegebenenfalls einen Berliner Kandidaten für den Bundesvorstand. Wählbar ist dabei jedes Mitglied und jeder Kandidat hat das Recht auf Vorstellung. Wahlen finden schriftlich, also geheim, statt.

Wortbeiträge

Grundsätzlich spricht bei Landeskongressen nur derjenige, der gerade am Rednerpult steht. Wenn du dich zu einem Antrag äußern möchtest, dann meldest du dich ganz einfach beim Tagungspräsidium. Die jeweiligen Redner werden daraufhin der Reihe nach aufgerufen. Bei Änderungsanträgen verwenden wir regelmäßig ein System, bei dem es zwei Rednerlisten gibt: Eine Pro-Liste mit Personen, die für den Antrag reden möchten, sowie eine Contra-Liste mit Leuten, die dagegensprechen wollen. Diese werden dann abwechselnd aufgerufen, um die Debatten ausgewogener und fairer zu gestalten. Um auf eine der Rednerlisten zu kommen, meldest du dich dann einfach mit „Daumen hoch“ (Pro) oder „Daumen runter“ (Contra).

Zwischenfragen

Während eine Person redet, gibt es für alle anderen Teilnehmer die Möglichkeit, inhaltliche Zwischenfragen zu stellen. Jedoch sollte man nicht einfach reinrufen: Stattdessen zeigst du an, dass du eine Zwischenfrage stellen möchtest, indem du deine Hände über dem Kopf zusammenführst. Das Tagungspräsidium wird daraufhin den Redner am Ende seines nächsten Satzes fragen, ob er die Frage zulassen möchte. Tut er dies, darfst du ihn eine kurze Frage stellen, die er daraufhin beantworten kann. Lehnt er es ab, musst du dich ggfs. auf die Rednerliste stellen, um die Frage doch noch loszuwerden.

Wichtig: Bei Zwischenfragen geht es wirklich nur darum, inhaltliche Verständnisfragen zu klären und nicht, neue (Gegen-)Argumente vorzubringen. Zudem sind Zwiegespräche verboten, das heißt, man darf auf die Antwort des Redners nicht mit einem weiteren Wortbeitrag erwidern. Wenn du den Bedarf dazu siehst, melde dich doch einfach für einen Redebeitrag.

Geschäftsordnungsanträge

Geschäftsordnungsanträge (kurz: GO-Anträge) sind Anträge zum Verfahren bzw. Ablauf des Kongresses – ihr findet eine Liste der GO-Anträge in der Geschäftsordnung des BuKos unter julis.de. Jeder Teilnehmer kann einen GO-Antrag stellen – dies wird angezeigt durch das Ausstrecken beider Arme. GO-Anträge genießen Priorität vor anderen Anträgen und werden zum nächsten möglichen Zeitpunkt aufgerufen, jedoch frühestens am Ende des derzeitigen Redebeitrags (um den Redner nicht zu unterbrechen). Wird der GO-Antrag aufgerufen, hat der Antragssteller die Möglichkeit zu einer kurzen Begründung. Daraufhin wird vom Präsidium nach einer Gegenrede gefragt – erhebt sich diese nicht, gilt der Antrag angenommen, andernfalls wird über ihn abgestimmt.

Awareness-Leitfaden

Liebe JuLis, mit dem nächsten Landeskongress steht auch die nächste legendäre LaKo-Party an. Damit die Party auch allen Spaß macht, möchten wir auf einige wichtige Punkte hinweisen. Von nun haben wir auf all unseren Partys **vier Vertrauenspersonen**, an die ihr Euch wenden könnt. Die Vertrauenspersonen werden vom Landesvorstand sorgfältig ausgewählt. Sie zeichnen sich durch ihre langjährige Erfahrung im Verband aus und werden alles daran- setzen, Eure Probleme diskret zu lösen. Die **Vertrauenspersonen werden auf jedem Landeskongress vorgestellt**. Sie sind zu jeder Zeit telefonisch und persönlich erreichbar.

Grenzüberschreitendes Verhalten

Wenn ihr mitbekommt, dass:

- jemand stark alkoholisiert ist und auf Grund dessen Hilfe benötigt,
- jemand auf Grund von starkem Alkoholkonsum oder anderweitigen Substanzen die negativen Konsequenzen seines/ihres Handelns nicht mehr einschätzen kann,
- jemand die Annäherungsversuche einer Person als unangenehm empfindet,
- jemand die Berührung eines anderen als unangenehm und/oder unangemessen empfindet,
- es einen konkreten Fall gibt, der unter die genannten Grenzüberschreitungen fällt oder eurem Ermessen nach grenzüberschreitend ist, dann

solltet ihr Euch an die Vertrauensperson wenden.

Solltet Ihr zudem mitbekommen, dass jemand auf Grund seiner/ihrer Herkunft, sexuellen Orientierung, finanziellen Lage, religiösen Überzeugung oder seines/ihres Geschlechts diskriminiert wird, dann meldet auch dies der Vertrauensperson. Wir freuen uns auf eine gelungene LaKo-Party ohne Zwischenfälle, die wir alle noch lange in guter Erinnerung behalten werden.

Euer Landesvorstand

Rechenschaftsbericht der Ombudspersonen zum 1. Landeskongress 2025

Liebe JuLis,

wir freuen uns, euch über die aktuelle Lage im Verband zu informieren. Als Ombudspersonen sind wir sehr zufrieden mit der Zusammenarbeit und dem Klima im Verband. Seit dem letzten Landeskongress gab es keinerlei Vorfälle, was für die hervorragende Zusammenarbeit und den respektvollen Umgang im Verband spricht. Insgesamt kam es im Jahr 2024 zu keinen Vorkommnissen. Wir sind zuversichtlich das auch 2025 zu erreichen. Zudem sind wir Teil des Gremiums, das den JuLi Code of Conduct auf Bundesebene erarbeitet.

Neben der Vermittlung bei internen Konflikten ist es unsere Aufgabe, die Umsetzung der Beschlüsse durch den Landesvorstand zu überwachen. Seit dem letzten Landeskongress wurden alle Beschlüsse des Landesverbandes vollständig umgesetzt, und wir haben keine Hinweise oder Beschwerden über die Arbeit des Landesvorstands erhalten. Solltet ihr dennoch Anliegen haben, zögert bitte nicht, euch jederzeit an uns zu wenden.

Eure Evelyn und euer Nassim

Anträge

Inhaltsverzeichnis

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
01	Sozialismus sprengen - Berlin bauen Landesvorstand	2
06	Bürokratieabbau – mit Vernunft und ohne Populismus BV LiMaH	7
07	Wehrpflicht 2.0 BV Reinickendorf	9
08	Liberté, Égalité, FCKAfD - Weil Kommunikation mehr hilft als ein Verbot BV Mitte	11
09	Stühlerücken beim Heiligen Stuhl – Deutsche Botschaft im Vatikan einsparen BV Pankow	13
11	Für einen attraktiven Soldatenberuf LAK Außen	14
12	Gesundheitsversorgung auf nachhaltige Füße stellen BV TS	16
13	Enteignungs-Fetisch stoppen – Art 15 und Art 14 Abs 3 GG streichen! BV Pankow	19
14	Chancengerechtigkeit ist nicht umsonst Alexander Kobuss, Moritz Wimmer, Ioana Cristina Turbatu, Tobias Bergmann, Benjamin Dahler, Phillip Proske, Laurent Putzier	20
15	Privat vor Staat - auch bei der Krankenkasse Alexander Kobuss	21
16	Den Ideenwettbewerb zwischen Museen erhalten BV SZ	24
17	München von Zuhause erleben BV SZ	25

Antrag 01: Sozialismus sprengen - Berlin bauen

Antragsteller*in:	Landesvorstand
Status:	eingereicht

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 Als Junge Liberale wollen wir ein wachsendes, schönes und prosperierendes Berlin.
2 Alteingesessene und neuzugezogene Berliner sollen sich wohlfühlen und frei leben
3 können. Die Stadtentwicklungspolitik der letzten Jahre erreicht leider das Gegenteil.
4 Massive Überregulierung verhindert den Neubau und die Sanierung von Wohnraum, sorgt
5 für eine Verknappung sowie hohe Miet- und Kaufpreise. Wenn neue Stadtviertel
6 entstehen, fehlt es oft an ästhetischem Anspruch und Dichte. Eine neue liberale
7 Stadtentwicklungspolitik wird die Fesseln der Überregulierung lösen, ausreichend
8 Bauland und Infrastruktur zur Verfügung stellen sowie auf eine urbane Stadt der
9 Bürger setzen.
10
- 11 Knappheit durch Deregulierung beenden
12
- 13 Linke Politik ist Schuld daran, dass viele Berliner keine Wohnung finden. Die
14 Neuschaffung von Wohnraum wird aktiv verhindert. Enteignungsphantasien und andere
15 dystopische sozialistische Ideen drohen Berlin wieder in eine graue,
16 heruntergekommene und unattraktive Stadt zu verwandeln. Es ist Zeit zum gesunden
17 Menschenverstand zurückzukehren: Bei hoher Nachfrage braucht es mehr Angebot. Deshalb
18 fordern wir:
19
- 20 • die Abschaffung des Milieuschutzes und der Mietpreisbremse.
21 Der Milieuschutz ist ein massiver Eingriff in das Eigentumsrecht und verhindert
22 dringend benötigte Investitionen. Die Mietpreisbremse setzt den Preismechanismus
23 außer Kraft, dadurch wird der Neubau von Wohnungen desincentiviert und
24 Wohnungssuchende systematisch benachteiligt. Zusätzlich soll die
25 Fehlbelegungsabgabe wieder eingeführt werden, um zu verhindern, dass
26 Sozialwohnungen Bedürftigen entzogen werden.
 - 27 • Die Abschaffung des Zweckentfremdungsverbots. Das Verbot verhindert die
28 sinnvolle Weiterentwicklung der Stadt. Besonders der Abriss von maroder
29 Bausubstanz oder Bauten aus der Nachkriegszeit, die Flächen nur effizient
30 nutzen, dürfen nicht aufgehalten werden. Abriss und Nachverdichtung dürfen
31 nicht mehr politisch bekämpft werden, sondern sollten städtebauliche Ziele sein.
32 Nur das Verbot von dauerhafter Umwidmung in Ferienwohnungen soll
33 aufrechterhalten werden.
 - 34 • Berlins Bebauungspläne zu liberalisieren. Eine deutlich dichtere Bebauung muss
35 in der Innenstadt ermöglicht werden. Abstandsflächen und andere Regularien (z.B
36 Dachbegrünung oder eine hohe Anzahl an Fahrradstellplätzen) sollten reduziert
37 werden. Dachausbauten sollten grundsätzlich erlaubt und weitere Standorte für
38 Hochhäuser definiert werden. Die Berliner Traufhöhe sollte in ihrer Pauschalität

- 39 abgeschafft werden. Kostentreiber, wie die Baumschutzverordnung oder
40 Stellplatzregelungen, sollten ebenfalls wegfallen.
- 41 • Das Aufteilungsverbot muss aufgehoben werden. Langfristig soll sich Berlin zu
42 einer Stadt der Eigentümer entwickeln. Wir wollen Bürger, die vom Staat
43 unabhängig sind und sich ein Vermögen aufbauen können. Die Aufteilung von
44 Mehrfamilienhäusern in einzelne Wohnungen darf daher nicht länger verhindert
45 werden. Zusätzlich sollten städtische Wohnungsgesellschaften ihre Wohnungen wenn
46 möglich den Mietern zum Kauf anbieten.
 - 47 • Die Privatisierung der städtischen Wohnungsbaugesellschaften: Nachdem ein Teil
48 der Wohnungen an die Mieter verkauft wurde, soll der Rest privatisiert werden.
49 Eine Quote von zu erhaltenden Sozialwohnungen ist denkbar. Das Land Berlin
50 sollte allerdings in Zukunft keine Wohnungen mehr besitzen. Die Verkaufserlöse
51 sollen für die Weiterentwicklung der Infrastruktur und die Sanierung des
52 Haushalts genutzt werden.
 - 53 • Die Arbeit der Bauämter soll beschleunigt werden. Durch die Abschaffung von
54 Regeln wie dem Milieuschutz werden die Ämter deutlich entlastet. Sie sollen sich
55 in Zukunft auf ihre Kernaufgaben konzentrieren: Vorhaben kooperativ begleiten
56 und möglichst schnell genehmigen sowie Bauanträge digital abwickeln. Zudem
57 wollen wir eine Genehmigungsfiktion einführen und es Unternehmen ermöglichen,
58 auf eigenes Risiko mit Bauvorhaben zu starten.
 - 59 • Die Grunderwerbsteuer soll abgeschafft werden. Der Staat verdient an den hohen
60 Immobilienpreisen mit und sorgt dafür, dass das Eigentum noch unerschwinglicher
61 wird. Diesen Zustand wollen wir beenden.

62

63 Infrastruktur & Bauland schaffen

64

65 In einer wachsenden Stadt wie Berlin muss die Infrastruktur dynamisch und
66 zukunftsfähig ausgebaut werden, um mit der Entwicklung Schritt zu halten. Die
67 bisherige Politik hat jedoch versagt, rechtzeitig moderne Verkehrswege und
68 ausreichend Bauland bereitzustellen. Wir setzen uns für eine wachstumsfreundliche
69 Politik ein, die durch gezielte Maßnahmen die Lebensqualität steigert und die Stadt
70 für alle attraktiver macht. Deshalb fordern wir:

71

- 72 • Ein modernes Autobahn- und Straßennetz. Der Weiterbau der A100, der Bau der
73 Tangentialverbindung Ost und die Errichtung eines neuen Tunnels vom Potsdamer
74 Platz bis zur Stadtautobahn sind essentiell, um Stau zu vermeiden und
75 Wohnviertel vom Durchgangsverkehr zu entlasten. Tempo-30-Zonen auf Hauptstraßen
76 und die Reduzierung von Fahrspuren lehnen wir strikt ab, da sie die Mobilität
77 einschränken und Verkehrsprobleme verschärfen. Stattdessen sollen Wohnviertel
78 gezielt vom Autoverkehr befreit und Fahrradwege, insbesondere auf Nebenstraßen,
79 sicher und sinnvoll ausgebaut werden. Zusätzlich wollen wir Fahrrad-Schnellwege
80 schaffen. Fehlplanungen aus der Nachkriegszeit wie die Brücke über den
81 Breitenbachplatz müssen abgerissen und durch funktionale, lebenswerte
82 Stadtviertel ersetzt werden.

- 83 • Eine moderne Verkehrsregelung. Der Straßenverkehr der Zukunft sollte durch
84 smarte Verkehrssteuerungssysteme effizienter gestaltet werden. Intelligente
85 Ampelschaltungen, moderne Kreisverkehrslösungen und digitale Verkehrsschilder
86 sollen Verkehrsstaus gezielt reduzieren. Geschwindigkeitsbegrenzungen sollten
87 sich dynamisch an das tatsächliche Verkehrsaufkommen anpassen, anstatt
88 Autofahrer durch starre Regelungen unnötig einzuschränken. Ab spätestens 2030
89 sollten verkehrslenkende Schilder, wie Tempolimits oder Vorfahrtsregelungen,
90 bevorzugt in digitaler Form umgesetzt werden.
- 91 • Pollerwahn beenden. Poller, die nicht zwingend notwendig für die Sicherheit der
92 Bürgerinnen und Bürger sind, sollen ersatzlos entfernt werden. Der bisherige
93 Pollerwahn behindert Rettungskräfte bei ihrer Arbeit, schränkt Bürgerinnen und
94 Bürger unnötig ein, frisst Steuergelder und verschandelt das Stadtbild.
95 Kiezblockinitiativen lehnen wir strikt ab. Zwingend notwendige
96 Sicherheitsvorkehrungen durch Sperrpfosten sollen sich ästhetisch in das
97 Stadtbild einfügen.
- 98 • Klare rechtliche Rahmenbedingungen für autonomes Fahren und Drohnenverkehr
99 schaffen. Berlin sollte den Anspruch haben, führend bei der Mobilität der
100 Zukunft zu sein. Daher müssen zeitnah liberale gesetzliche Regelungen für
101 autonomes Fahren sowie den kommerziellen Drohnenverkehr entwickelt werden.
- 102 • Der Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs. Um die Erreichbarkeit aller Stadtteile
103 zu verbessern und den Pendelverkehr zu erleichtern, müssen U-Bahnlinien gezielt
104 verlängert werden. Besonders wichtig ist die bessere Anbindung des Flughafens
105 BER durch die U2 sowie Verlängerungen der U8 zum Märkischen Viertel, der U3 zum
106 Mexikoplatz und der U1 nach Schmargendorf. Der Ausbau des Straßenbahnnetzes im
107 Ostteil der Stadt muss ebenfalls vorangetrieben werden, um das dortige
108 Nahverkehrsangebot weiter zu stärken und den innerstädtischen Verkehr zu
109 entlasten. Zusätzlich sollen auch die Außenbezirke untereinander stärker
110 vernetzt werden.
- 111 • Neue Stadtquartiere und Bauland. Die Ausweisung neuen Baulands ist dringend
112 erforderlich. Ehemalige Kleingarten, Industrie- und Brachflächen innerhalb der
113 Innenstadt sowie Gebiete in Buch, an der Havel oder der Michelangelostraße
114 bieten enormes Potenzial für neue, dichte und moderne Quartiere. Wir fordern die
115 Überarbeitung der bestehenden Bebauungspläne, um eine deutlich höhere bauliche
116 Dichte zu ermöglichen. Die Teilbebauung des Tempelhofer Feldes soll mit einem
117 gemischten Nutzungskonzept (Wohnen und Gewerbe) sowie einer entsprechenden
118 Verkehrsanbindung erfolgen.
- 119 • Technologie- und Industrieparks. Um zukunftsfähige Arbeitsplätze zu schaffen und
120 innovative Unternehmen in die Stadt zu holen, sollen gezielt Technologieparks
121 und Forschungszentren gefördert werden.
- 122 • Privatisierung der BVG. Die BVG ist ein ineffizient geführtes Unternehmen, das
123 durch Bürokratie und hohe Kosten auffällt. Wir fordern die Privatisierung des
124 öffentlichen Nahverkehrs, um die Effizienz zu steigern, bessere Servicequalität
125 zu gewährleisten und langfristig Kosten zu senken. Konsequenterweise muss auch
126 die Deutsche Bahn zerschlagen und privatisiert werden.

127

128 Schönheit und Urbanität

129

130 Berlin soll wieder Bürgerstadt werden. Dafür braucht es eine städtebauliche
131 Neuorientierung, die sich an historischer Identität, architektonischer Qualität und
132 bürgernaher Planung ausrichtet. Jahrzehnte ideologisch geprägte Stadtentwicklung und
133 -planung haben das Gesicht der Stadt vielerorts entfremdet. Die JuLis Berlin fordern
134 daher eine Wende in der Stadtplanung, die sich an den Werten einer lebenswerten,
135 ästhetisch ansprechenden und funktionalen Metropole orientiert. Dafür fordern wir:

- 136 • Den Wiederaufbau der historischen Mitte Berlins. Die Rekonstruktion verlorener
137 Bauwerke wie der Bauakademie von Karl Friedrich Schinkel sowie die Neugestaltung
138 und Privatisierung des durch Enteignung entstandenen großen Leerraums sind
139 essenzielle Projekte für eine Wiederbelebung der historischen Berliner Mitte.
140 Das Humboldt Forum darf nicht isoliert bleiben, sondern sollte in eine
141 gewachsene Stadtkulisse eingebettet werden. Die Torpedierung der Pläne einer
142 originalgetreuen Rekonstruktion der Bauakademie, wie wir sie aktuell erleben,
143 wäre ein Rückschritt in der Berliner Stadtentwicklung. Mit einer Mischung aus
144 moderner als auch kritisch-rekonstruktiver und historischer Architektur soll das
145 Gebiet zwischen Humboldt-Forum und Alexanderplatz bebaut werden. Der historische
146 Stadtgrundriss soll dabei aufgegriffen und kleinteilige Strukturen geschaffen
147 werden. Insgesamt soll eine ausgewogene Mischung aus Wohnen, Büronutzung,
148 Handel, Gastronomie sowie kultureller und anderer öffentlicher Nutzung
149 entstehen. Die momentane Planung für den Molkenmarkt lehnen wir daher ab.
- 150 • Die Abkehr von kollektivistischer Stadtentwicklung. Die Stadtplanung Berlins
151 wurde zu lang im Sinne linker Ideologien der zentralen Planung und
152 Überregulierung gestaltet. Historische Viertel, die heutzutage aufgrund ihrer
153 Schönheit und lebenswerter Atmosphäre bewundert werden, sind ein Produkt
154 dezentraler Systeme und vieler einzelner Akteure, die ohne wesentliche
155 Einschränkungen städtebaulich aktiv werden konnten. Entsprechend sollte sich die
156 Berliner Stadtplanung am Vorbild historischer Quartiere, wie jenen aus der
157 Gründerzeit, orientieren. Diese erweisen sich bis heute als äußerst lebenswert
158 und sind mitunter die gefragtesten Wohngegenden der Stadt. Neue Stadtteile
159 sollten sich aus diesem Grund an diesen bewährten Prinzipien orientieren,
160 anstatt monotone Großsiedlungen oder funktional entkoppelte Stadtzonen zu
161 schaffen.
- 162 • Stadtgrün als essentiellen Bestandteil urbaner Entwicklung stärken. Grünflächen
163 in der Stadt sind kein Luxus, sondern ein zentraler Bestandteil lebenswerter
164 Metropolregionen – sowohl für das Stadtklima als auch für soziale
165 Begegnungsräume. Große Parks, kleine Grünanlagen, begrünte Straßen und
166 Stadttealgärten müssen gezielt erhalten und weiterentwickelt werden. Dies soll
167 jedoch ideologiefrei und bedarfsgerecht gestaltet werden. In neuen Stadtteilen
168 soll auch die Möglichkeit von privaten Nachbarschaftsparks nach Vorbild Londons
169 geschaffen werden.
- 170 • Den Abriss nicht funktionierender Quartiere zu prüfen. Um den Zielen eines
171 lebenswerten Stadtgefühls für alle Berliner gerecht zu werden, muss in letzter
172 Instanz auch der Abriss fehlentwickelter Quartiere in Erwägung gezogen werden.
173 Architektonische Fehlentwicklungen der Nachkriegszeit haben vielerorts zu

- 174 unattraktiven und dysfunktionalen Stadtstrukturen geführt. Der Abriss und die
175 Neugestaltung gescheiterter Quartiere müssen daher – unter Berücksichtigung
176 alternativer Wohnangebote für die Anwohner – eine Option sein, um lebenswerte
177 Stadtteile mit hoher Aufenthaltsqualität zu schaffen.
- 178 • Die Schaffung eines Hochhausrahmenplans. Gut gestaltete, moderne Hochhausgebiete
179 sind mit den Zielen einer lebenswerten Stadt nicht nur vereinbar, sondern sie
180 leisten wichtige Beiträge zur Dichte und Wirtschaftstätigkeit der Stadt. Aus
181 diesem Grund braucht Berlin einen klaren Hochhausrahmenplan, der definiert, wo
182 und unter welchen Bedingungen Hochhäuser sinnvoll sind. Statt wahlloser
183 Hochhausprojekte braucht es eine gezielte Integration in das Stadtbild, um
184 moderne Architektur mit wachsenden Strukturen in Einklang zu bringen.

Begründung

Erfolgt mündlich.

Antrag 06: Bürokratieabbau – mit Vernunft und ohne Populismus

Antragsteller*in:	BV LiMaH
Status:	eingereicht

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 Unternehmen, Bürgerinnen und Bürger leiden in der Bundesrepublik Deutschland unter
2 einem regelrechten Bürokratie-Burnout. Obwohl sich hinsichtlich des Abbaus von
3 Bürokratie merkbare positive Entwicklungen unter der Ampel-Regierung konstatieren
4 lassen, bleibt der Bürokratieabbau eine staatliche Daueraufgabe. In diesem Kontext
5 halten wir Junge Liberale Berlin es für angebracht, für eine konsequente Reduzierung
6 der Bürokratie und der Verwaltungskosten bei der Organisation der Bundes- und
7 Landesregierungen anzusetzen. Gerade hier besteht die Möglichkeit, redundante
8 Strukturen effizienter zu strukturieren.
- 9 Wir Junge Liberale Berlin fordern daher, folgende Bundesministerien aufzulösen:
- 10 • Das Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen. Trotz der
11 Einführung des BMWBS sind die Hürden für den Wohnungsbau weiterhin sehr hoch;
12 auch hat das Ministerium nicht für die Erreichung der im Koalitionsvertrag
13 verankerten Neubauziele der Bundesregierung
 - 14 • Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Wir
15 JuLis Berlin bekennen uns klar zu der humanitären Verantwortung der
16 Bundesrepublik Deutschland. Weiterhin sehen wir in der Entwicklungspolitik ein
17 zentrales außenpolitisches Instrument. Nichtsdestoweniger halten wir es nicht
18 für justified, für diese genuin außenpolitischen Aufgaben ein separates
19 Bundesministerium beizubehalten. Ggf. halten wir es für sinnvoll, das BMZ in
20 ein
21 Bundesamt im Geschäftsbereich des Auswärtiges Amtes zu überführen.
 - 22 • Das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und
23 Verbraucherschutz. Im Falle des BMUV ist davon auszugehen, dass seine Aufgaben
24 auch von anderen Bundesministerien bzw. den aktuell dem BMUV nachgeordneten
25 Bundesämtern wahrgenommen werden könnten.
- 26 Notwendige Zuständigkeitsbereiche der Ministerien sollen entsprechend des
27 Geschäftsverteilungsplans der Bundesregierung neu zugeordnet werden. Populistische
28 Forderungen nach der Fusion von Ministerien nach arbiträren Kriterien erteilen wir
29 JuLis Berlin eine klare Absage.
- 30 Darüber hinaus fordern wir eine einfachgesetzliche Regelung, die die Anzahl an
31 Bundesministerien auf die hier zuvor geforderte Menge der übrigen Ministerien
32 begrenzt.
- 33 Regierungsbeauftragte der Bundes- und Landesregierung mit eigenen Stäben wollen wir
34 abschaffen. Wichtige Beauftragungen sollen stattdessen von leitenden
35 Ministerialbeamten wahrgenommen werden. Insbesondere sehen wir die Vergabe von
36 Regierungsbeauftragten-Posten an „einfache“ Parlamentarier kritisch. Diese Praxis
37 wollen wir beenden und so die Gewaltenschränkung zwischen Regierung und Parlament
38 reduzieren.

- 39 Weiterhin fordern wir die Herauslösung des Bundesrats aus dem Etat des Bundes. Für
40 die Finanzierung des Bundesrates sollen stattdessen künftig die Länder aufkommen.
- 41 Langfristig ist es unser Ziel, die Zahl der Beschäftigten in Behörden des Bundes
42 oder
43 der Länder erheblich zu reduzieren. Hierfür setzen wir insbesondere auf eine
44 effizientere Strukturierung der Verwaltung, eine konsequente Digitalisierung und den
45 Einsatz von KI zur Einsparung personeller und finanzieller Ressourcen sowie zur
46 Automatisierung von Dienstleistungen für Bürgerinnen und Bürger.
- 47 Darüber hinaus wird der Landesvorstand aufgefordert, den Beschluss „Staat auf die
48 Waage - Anzahl der Bundesministerien radikal verringern!“ des zweiten
49 Landeskongresses 2024 aus der Beschlusslage zu streichen.

Begründung

Erfolgt mündlich.

Antrag 07: Wehrpflicht 2.0

Antragsteller*in:	BV Reinickendorf
Status:	eingereicht

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 Seit dem Überfall Russlands auf die Ukraine ist der Krieg endgültig zurück in Europa.
- 2 Deutschland muss hierbei uneingeschränkt zu seinen freiheitlichen Werten und
- 3 Bündnispartnern stehen und dabei einen Beitrag zur internationalen Sicherheit, der
- 4 Souveränität des Westens sowie der Landes- und Bündnisverteidigung leisten. Nur dann
- 5 werden wir und unsere freiheitliche Lebensweise auf lange Sicht Bestand haben
- 6 können.
- 7 Derzeit kommt es weltweit zu einer Verschiebung der Machtverhältnisse. So gewinnt
- 8 mit
- 9 der Volksrepublik China ein Land mehr und mehr an Einfluss, das einzig die
- 10 Interessen
- 11 der Führung der Kommunistischen Partei verfolgt und dabei nicht davor
- 12 zurückschreckt,
- 13 seine eigene Bevölkerung zu steuern, einen militärischen Konflikt mit seinen
- 14 geographischen Nachbarn zu beginnen und sich in die inneren Angelegenheiten anderer
- 15 Staaten einzumischen. Die chinesische Regierung übt Druck auf Mitgliedsstaaten der
- 16 Europäischen Union aus, nimmt Einfluss auf die internationale Presse und macht eine
- 17 Vielzahl von Ländern von sich abhängig, sodass diese in Zukunft drohen, von Peking
- 18 aus ferngesteuert zu werden.
- 19 Auch das Verhältnis von Deutschland und der EU zu Russland ist seit dem Krieg in der
- 20 Ukraine richtigerweise auf einem absoluten Tiefpunkt angekommen. Seit dem Einmarsch
- 21 in Georgien und der Annexion der Krim gab es für die baltischen Staaten und ebenso
- 22 für die skandinavischen Staaten Grund zur Verunsicherung. Diese Verunsicherungen
- 23 sind
- 24 mittlerweile in begründete Sorgen umgeschlagen. Die russische Armee übt regelmäßig
- 25 die Einnahme des Baltikums. Die Sicherheit dieser Staaten hängt entscheidend von der
- 26 NATO und der jeweils eigenen Verteidigungsfähigkeit ab. So verdoppelte
- 27 beispielsweise
- 28 Schweden seinen Wehretat innerhalb der letzten Jahre und ist mittlerweile Mitglied
- 29 der NATO, womit es sich von seiner einstigen Neutralität auf historische Art und
- 30 Weise verabschiedet hat. Ebenso ist Finnland dem Verteidigungsbündnis beigetreten.
- 31 All das sollte Deutschland zu denken geben. Mit über 75 Jahren Frieden erleben wir
- 32 derzeit die längste Friedensperiode, die es jemals auf europäischem Boden gegeben
- 33 hat. Gleichzeitig ist es eine Periode, in der auf europäischem Boden Menschenrechte
- 34 in einem nie zuvor dagewesenen Maß gelten und wir so einen einzigartigen
- 35 Lebensstandard und -stil erreicht haben. Wir sollten alles dafür tun, dass diese
- 36 Zeit
- 37 der Freiheit, des Friedens und des Wohlstandes nicht abreißt. Die Bundeswehr ist
- 38 jedoch nicht mehr ansatzweise dazu in der Lage, Deutschland zu verteidigen. Allein
- 39 die Zielmarke der militärischen Personalstärke von über 200.000 wird Jahr für Jahr

40 um
41 ca. 20.000 Soldaten verfehlt. Dies kann mehr und mehr zu Problemen führen. Vor
42 allem,
43 wenn die USA in der Auseinandersetzung mit der Volksrepublik China und der Rivalität
44 im Südchinesischen Meer ihr Militär nach Asien verlagern. Die europäischen NATO-
45 Verbündeten müssen in einem solchen Fall die Lücken schließen, die die USA in Europa
46 hinterlassen. Dazu muss die Bundeswehr in die Lage versetzt werden, in einem
47 militärischen Konflikt auf deutschem bzw. europäischem Boden zu bestehen.

48 Daher erheben die Jungen Liberalen die folgende Forderung, um Freiheit auch für die
49 zukünftigen europäischen Generationen zu gewährleisten.

50 Die Wehrpflicht ist in einer neuen Ausformung, die den Bedürfnissen des 21.
51 Jahrhunderts gerecht wird, wieder einzusetzen. Dabei sind die folgenden Punkte zu
52 beachten.

- 53 • Männer und Frauen sollten stets gleich behandelt werden und sind daher
54 gleichermaßen im Rahmen der Wehrpflicht zu berücksichtigen.
- 55 • Ausnahmslos alle Angehörigen eines Jahrgangs mit deutscher Staatsbürgerschaft
56 sollten innerhalb ihres 18. Lebensjahres gemustert werden. Dies ist nicht
57 zuletzt auch der Anerkennung der Bundeswehr in der Bevölkerung zuträglich und
58 stellt einen direkten Berührungspunkt für jeden deutschen Staatsbürger mit ihr
59 dar.
- 60 • Der Wehrdienst sollte 9 Monate dauern. In seinem Rahmen sind die dreimonatige
61 Grundausbildung sowie sechs Monate Dienst in einer Teilstreitkraft der
62 Bundeswehr, die nach Möglichkeit vom betroffenen Wehrpflichtigen frei zu
63 wählen
64 ist, abzuleisten. Hierbei ist auch - je nach Teilstreitkraft - die
65 Dienstpostenausbildung (sog. DPA) zu absolvieren.
- 66 • Tatsächlich eingezogen werden sollten pro Jahr 20.000 Wehrpflichtige. Hierbei
67 sind zuallererst diejenigen einzuziehen, die im Rahmen der Musterung als
68 besonders geeignet erschienen sind und die ein Interesse am Wehrdienst
69 bekundet
70 haben.
- 71 • Hat der Wehrpflichtige zum Zeitpunkt seiner Einziehung bereits eine Ausbildung
72 begonnen oder ein Studium aufgenommen, so sollte er das Recht haben, das
73 Ableisten des Wehrdienstes erst nach Beendigung derselben bzw. desselben
74 anzutreten.
- 75 • Den Aspekt der Wehrgerechtigkeit gilt es im Rahmen der für die genannten
76 Maßnahmen ohnehin erforderlichen Änderung des Grundgesetzes auszuräumen. Dies
77 kann bspw. geschehen, indem einer effizienten Herstellung der
78 Verteidigungsfähigkeit eine höhere grundrechtliche Priorität eingeräumt wird.
- 79 • Alle ehemals zum Wehrdienst Eingezogenen sind als Angehörige der Reserve zu
80 führen und in regelmäßigen Abständen zu Übungen einzuladen.

Begründung

erfolgt mündlich

Antrag 08: Liberté, Égalité, FCKAfD - Weil Kommunikation mehr hilft als ein Verbot

Antragsteller*in:	BV Mitte
Status:	eingereicht

Die Versammlung möge beschließen:

1 **Liberté, Égalité, FCKAfD - Weil Kommunikation mehr hilft als ein Verbot**

2 In den letzten Wochen gingen Millionen von Menschen, darunter viele Liberale, in
3 Deutschland auf die Straße, um gegen die AfD und Rechtsextremismus zu
4 demonstrieren.

5 Wir begrüßen diese Entwicklung sehr, doch es ist beunruhigend festzustellen, dass
6 die

7 AfD weiterhin in Umfragen stark abschnidet. Das wirft die Frage auf, was dagegen
8 getan werden kann. Wir müssen uns darüber im Klaren sein, dass es darauf keine
9 sofortige umfassende Antwort geben kann. Dennoch möchten wir erste Schritte in
10 Richtung einer Verbesserung der Situation unternehmen.

11

12 **Der AfD den Wind aus den Segeln nehmen!**

13 Der Liberalismus zeichnet sich durch ein optimistisches Menschenbild aus. Daher
14 sollten wir die Menschen nicht belehren, warum es falsch ist, die AfD zu wählen.
15 Vielmehr müssen wir sie wieder von unseren Ideen überzeugen und ihnen vor allem
16 Hoffnung geben.

17 Die AfD erzielt besonders hohe Ergebnisse in ländlichen und teilweise ostdeutschen
18 Gebieten Deutschlands. Vor Ort hört man oft, dass sich die Menschen "abgehängt"
19 fühlen oder dass die Politik sie zu wenig einbezieht. Hier müssen wir uns
20 selbstkritisch hinterfragen. Als FDP und Julis sind wir auf dem Land oft personell
21 unterbesetzt. Daher ist es wichtig, in Zukunft während des Wahlkampfes vermehrt
22 Unterstützung in ländlichen Gebieten zu leisten, beispielsweise durch
23 Wahlkampfaktionen nicht nur in Großstädten, sondern auch auf dem Land. Damit einher
24 geht die Stärkung unserer Kommunen gemäß dem Subsidiaritätsprinzip, um langfristig
25 die Vielfalt in unserem Land zu erhalten und Politik gemäß den Bedürfnissen der
26 Menschen zu gestalten.

27 In Krisenzeiten neigt jeder Mensch dazu, die Fehler bei anderen zu suchen. Daher
28 sollten wir als Liberale mit gutem Beispiel vorangehen und unsere bisherige
29 Herangehensweise selbstkritisch hinterfragen. Unsere Kommunikation als FDP muss
30 verbessert werden, und wir müssen verstehen, dass vergangene und zukünftige Krisen
31 nicht ohne starke Kompromisse von allen Seiten gelöst werden können. Das bedeutet
32 nicht, dass wir uns mit unseren Mitbewerbern auf der politischen Bühne nicht mehr um
33 die besten Ideen streiten dürfen, aber wenn ein Kompromiss erreicht ist, sollten wir
34 diesen unterstützen.

35 Als Junge Liberale Berlin lehnen wir ein Verbotsverfahren gegen die AfD ab, nicht
36 weil wir es grundsätzlich falsch finden, sondern weil es sich über Jahre hinziehen
37 und von der AfD zu ihrem Vorteil genutzt werden könnte.

38

39 **Demokratie schützen**

40 Auch wenn ein Großteil der AfD-Wähler nicht rechtsextrem ist, gibt es dennoch
41 rechtsextreme Strukturen innerhalb der Partei. In Zeiten, in denen die AfD
42 Umfrageergebnisse von bis zu 23% erzielt, müssen wir unsere Demokratie vor den
43 Folgen
44 einer starken AfD schützen. Noch haben wir in dieser Legislaturperiode alle
45 Möglichkeiten dazu, und wir sollten sie nutzen. Wir begrüßen ausdrücklich den
46 Vorschlag der Ampelregierung, das Verfassungsgericht gesetzlich stärker zu schützen.
47 Wie wir in Polen und Ungarn beobachten konnten, sind Verfassungsgerichte für
48 Rechtspopulisten oft die erste Anlaufstelle, um das demokratische System zu ihren
49 Gunsten zu verändern. Daher sprechen wir uns klar dafür aus, dass bestimmte
50 Strukturen des Bundesverfassungsgerichts nur noch mit einer Zweidrittelmehrheit
51 verändert werden können. Dazu gehört die Aufteilung in zwei Senate mit je acht
52 Richterinnen und Richtern für eine Amtszeit von zwölf Jahren. Sollte eine
53 rechtsextreme Partei einmal über ein Drittel der Plätze im Bundestag gewinnen, wäre
54 sie in der Lage, die Wahl der Richter für das Bundesverfassungsgericht zu
55 blockieren.
56 Die Richter werden jeweils zur Hälfte vom Bundestag und vom Bundesrat entsandt und
57 müssen mit einer Zweidrittelmehrheit gewählt werden. Daher setzen wir uns dafür ein,
58 dass die Wahl der Richter in Zukunft auch über Kreuz erfolgen kann. Das würde
59 bedeuten, dass der Bundesrat die übrigen Plätze wählen könnte, falls der Bundestag
60 nicht zu einer Entscheidung käme, und umgekehrt.

61

62 **„Im Namen der Toleranz sollten wir uns das Recht vorbehalten, die Intoleranz nicht**
63 **zu**
64 **tolerieren.“**

65 Dennoch müssen wir gegen diejenigen, die unsere freiheitlich demokratische
66 Grundordnung beschädigen wollen, vorgehen. Dabei ist es uns jedoch wichtig das
67 richtige Maß und Mittel zu finden. Extremisten haben keinen Platz an unseren
68 Universitäten und Hochschulen! Daher soll die Exmatrikulation von Studierenden, die
69 durch Extremismus und/oder Antisemitismus auffallen, deutlich erleichtert werden.
70 Vorfälle, wie an der Freien Universität, bei dem ein jüdischer Student von einem
71 Kommilitonen verprügelt wurde, sind ein Armutszeugnis für unser Land. Daher soll das
72 Hochschulgesetz Berlins dahingehend geändert werden, die Universitäten
73 handlungsfähiger zu machen. Zusätzlich sollen in Zukunft an Personen, die Mitglied
74 in
75 gesichert rechtsextremen Verbänden sind, keine Stipendien, welche durch den Staat
76 finanziert werden, vergeben werden. Das Gleiche soll für BAföG gelten.

Begründung

Erfolgt mündlich

Antrag 09: Stühlerücken beim Heiligen Stuhl – Deutsche Botschaft im Vatikan einsparen

Antragsteller*in:	BV Pankow
Status:	eingereicht

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 **Stühlerücken beim Heiligen Stuhl – Deutsche Botschaft im Vatikan einsparen**
- 2 Die Jungen Liberalen Pankow fordern, die deutsche Botschaft am Heiligen Stuhl
- 3 einzustellen. Etwaige konsularische und diplomatische Aufgaben sollen durch die
- 4 reguläre deutsche Botschaft in Rom übernommen werden.
- 5 Die Bundesrepublik unterhält eine offizielle Botschaft im Vatikan. Diese ist
- 6 allerdings nicht auf den Staat Vatikanstadt als allgemein anerkannten Staat, sondern
- 7 explizit auf den Heiligen Stuhl als nichtstaatliches Völkerrechtssubjekt bezogen.
- 8 Der
- 9 Heilige Stuhl steht damit eher als Interessenvertretung der ganzen römisch-
- 10 katholischen Kirche, denn als souveräner Staat. Der Botschafterposten ist in der
- 11 höchstdotierten Besoldungsgruppe B9 eingeordnet und damit auf einer Stufe mit den
- 12 Posten in Washington, London, Paris und Moskau.
- 13 Im Gegensatz zu diesen Botschaften, verfügt die Botschaft am Heiligen Stuhl über ein
- 14 äußerst begrenztes Aufgabenportfolio. Die Hauptaufgabe der Botschaft beschränkt sich
- 15 auf den diplomatischen Austausch mit Mitgliedern der katholischen Kirche im Vatikan.
- 16 Einen vergleichbaren Austausch mit Oberhäuptern anderer Religionsgemeinschaften gibt
- 17 es nicht. Die weltweiten Mitglieder der katholischen Kirche werden zudem bereits
- 18 durch die dortigen deutschen Auslandsvertretungen betreut. Anstatt eine teure und
- 19 aus
- 20 der Zeit gefallene Vertretung bei einer Religionsgemeinschaft aufrecht zu erhalten,
- 21 sollte man hier unnötige symbolische Ausgaben einsparen.
- 22 Angesichts der problematischen Äußerungen des Papstes im Hinblick auf den russischen
- 23 Krieg gegen die Ukraine und die mangelnde Reformbereitschaft des Heiligen Stuhls,
- 24 ist
- 25 es notwendig ein politisches Zeichen zu setzen.

Begründung

Erfolgt mündlich

Antrag 11: Für einen attraktiven Soldatenberuf

Antragsteller*in:	LAK Außen
Status:	eingereicht

Die Versammlung möge beschließen:

1 **Für einen attraktiven Soldatenberuf**

2 Der Soldatenberuf muss wieder attraktiv werden. Hierfür müssen im Geschäftsbereich
3 des BMVg erhebliche strukturelle Verbesserungen erfolgen.

4 Dies bedeutet konkret:

- 5 • Für die Verteidigung der Bundesrepublik Deutschland sind gut ausgerüstete und
6 einsatzbereite Streitkräfte imperativ. Hierfür notwendige personelle und
7 strategische Ressourcen müssen vollständig und ausreichend verfügbar sein. Die
8 Bundeswehr muss vollständig ausgerüstet sein. Alle für die Landesverteidigung
9 relevanten Fähigkeiten wie Flugabwehr oder Langstreckenaufklärung müssen
10 aufrechterhalten werden. Darüber hinaus streben wir die Ausstattung der Truppe
11 mit ausreichenden Materialreserven an.
- 12 • Die Dezentralisierung des Personalmanagements und die Auflösung des BA Pers BW.
13 Dafür soll ein Personalamt pro Teilstreitkraft geschaffen werden. Ein
14 dezentrales Personalmanagement erlaubt den Teilstreitkräften bzw.
15 Organisationsbereichen, nach ihren Bedarfen zu rekrutieren, verkürzt Prozesse
16 zeitlich und schafft eine dauerhafte Zufriedenheit der Soldatinnen und Soldaten
17 mit der Bundeswehr. Prinzipiell wollen wir die Zuständigkeit für Personalfragen
18 auf die Divisionsebene als größte fachspezifische Organisationseinheiten
19 auslagern. Wir wollen das bestehende Angebot des Berufsförderungsdienstes
20 ausbauen und besser in der Truppe bewerben.
- 21 • Die Sicherstellung umfassender psychologischer Betreuungsangebote. Jedes
22 Sanitätsversorgungszentrum der Bundeswehr soll verpflichtend einen Psychologen
23 oder eine Psychologin vorhalten müssen. Gleichsam wollen wir die
24 Militärseelsorge säkular betrachten. Wir sprechen uns daher für die Abschaffung
25 konfessionell gebundener Militärseelsorger aus.
- 26 • Die Abschaffung des Zulagenwesens in der Besoldung, da das gegenwärtige
27 kleinteilige Zulagenwesen erhebliche Verwaltungskosten verursacht. Stattdessen
28 fordern wir ein deutlich überdurchschnittliches Einstiegsgehalt unabhängig von
29 der Art des Dienstes.
- 30 • Wertschätzung für die Reserve. Wir wollen Reservisten in allen
31 Tätigkeitsbereichen der Bundeswehr sinnvoll einsetzen. Heranziehungen zu
32 Reservedienstleistungen sollen kurzfristig möglich sein. Der
33 Heranziehungsprozess für einfache Tätigkeiten, bspw. Objektschutz, sollte den
34 Zeitraum von zwei Wochen nicht überschreiten. Weiterhin sollen besonders
35 geeigneten Reservisten interessen- und qualifikationsgeleitet ansprechende
36 Laufbahnen im Rahmen ihrer zivilen Verwendung ermöglicht werden, bspw. beim
37 Bundesamt für Verfassungsschutz oder BND. Wir fordern die Einführung einer
38 Freistellungspflicht für Reservedienstleistungen und Wehrübungen auf den
39 öffentlichen Dienst.

- 40 • Die Schaffung niedrigschwelliger Angebote für Ungediente zur nebenberuflichen
41 militärischen Grundausbildung.
- 42 • Der Zugang zu Informationsveranstaltungen an öffentlichen Schulen und
43 Universitäten muss für die Bundeswehr in Kooperation mit den zuständigen
44 Behörden möglich sein.
- 45 • Bestimmte Verwendungen für EU-Ausländer mit ausreichenden Deutschkenntnissen
46 öffnen.
- 47 • Die automatische Anrechnung bestimmter militärisch erworbener Qualifikationen
48 (wie bspw. Führerscheine der Klasse C oder im Rahmen der Ausbildung als Combat
49 First Responder erlangte Fähigkeiten) auf zivile Ausbildungen ermöglichen.
- 50 • Die Schaffung von Anreizmodellen für freiwillig Wehrdienstleistende, bspw. in
51 Form der Anerkennung von Wehrdienstzeiten als doppelte Wartesemester für
52 zulassungsbeschränkte Studiengänge, unabhängig von der Fachrichtung oder im
53 Rahmen von Zuschüssen zum Erwerb des Führerscheins.

Begründung

Erfolgt mündlich.

Antrag 12: Gesundheitsversorgung auf nachhaltige Füße stellen

Antragsteller*in:	BV TS
Status:	eingereicht

Die Versammlung möge beschließen:

1 Gesundheitsversorgung auf nachhaltige Füße stellen

2 Die Lebenserwartung in Deutschland wächst Jahr für Jahr dank einer der besten
3 Gesundheitsversorgungen der Welt. Doch dieses System steht auf einem morschen
4 Fundament. Denn das Geld in der Gesetzlichen Krankenversicherung reicht bereits seit
5 2004 nicht mehr aus. Was 2004 noch ein Steuerzuschuss von einer Milliarde war,
6 könnte
7 im Jahr 2030, bei Einbezug einer Beitragssteigerung um 2,4% auf 18,4%, ein
8 Steuerzuschuss von 22,5 Milliarden werden. Langfristig wird es daher nicht anders
9 gehen, als unser Gesundheitssystem zulasten von Investitionen oder durch Schulden zu
10 finanzieren. Dieses Vergehen an künftigen Generationen gilt es abzuwenden. Es gilt
11 daher es, die dringend benötigte und hochqualitative Gesundheitsversorgung auf eine
12 verlässliche Finanzierung zu stellen. Für uns ist klar: Die Gesetzliche
13 Krankenversicherung muss schnellstmöglich echte Reformen erfahren, um den
14 Finanzierungsdruck zu senken und langfristig von einer generationsgerechteren
15 Alternative ersetzt zu werden. Um die Finanzierungsnot der gesetzlichen
16 Krankenversicherung innerhalb des umlagefinanzierten Systems zu verringern, fordern
17 wir:

18 • Abschaffung der Familienversicherung für Menschen über dem Doppelten des
19 durchschnittlichen Jahresbruttoeinkommens.

20 Die Familienversicherung ist ein probates Mittel, um Familien in unteren und
21 mittleren Einkommensgruppen zu entlasten. Doch ermöglicht die Familienversicherung,
22 dass eine Familie mit zwei Kindern, in welcher beide Elternteile durchschnittlich
23 verdienen rund genauso viel zu der Solidargemeinschaft der gesetzlichen
24 Krankenversicherung beiträgt, wie eine Familie mit drei Kindern und einem nicht
25 arbeitenden Elternteil, in der das andere Elternteil über der
26 Beitragsbemessungsgrenze liegt. Dies ist nicht solidarisch. Daher ist die
27 Verfügbarkeit der Familienversicherung auf untere und mittlere Einkommensgruppen zu
28 begrenzen. Ist eine Familienversicherung nicht möglich, so sollen Kinder, sollten
29 deren Eltern Teil der gesetzlichen Krankenversicherung sind, innerhalb der
30 gesetzlichen Krankenversicherung versichert werden. Hierfür ist ein monatlicher
31 Beitrag von den Eltern zu entrichten.

32 • Die Schaffung eines einheitlichen Leistungskataloges unter der Leitung von dem
33 Gemeinsamen Bundesausschuss (G-BA).

34 Die gesetzliche Krankenversicherung verfügt bis heute über keinen transparenten
35 Leistungskatalog. Dies verhindert nicht nur eine umfassende Transparenz für den
36 Versicherten, sondern auch ein klares Evaluieren von angebotenen Leistungen. Bei dem
37 Erstellen des Leistungskataloges soll jede Leistung per Kosten-Nutzen Analyse
38 überprüft werden. Hierbei sollen die Leistungen mit Bezug zur Homöopathie in den
39 Katalog der Individuellen Gesundheitsleistungen überführt werden.

40 • einem Selbstbehalt pro ambulante Leistungen und Arzneimittel.

41 Die Versicherten werden somit dazu aufgefordert für jede in Anspruch genommene
42 Leistung ein Teil der Kosten selbst zahlen. Dieser Selbstzahleranteil ist innerhalb
43 des verbindlichen Leistungskataloges der gesetzlichen Krankenversicherung
44 ausgewiesen
45 werden. Um hier die Bürokratie bei den Ärztinnen und Ärzten möglichst zu minimieren,
46 sollen die Ärztinnen und Ärzte die Rechnung über die erbrachten Leistungen zunächst
47 an die gesetzlichen Krankenkassen stellen. Diese sollen anschließend die
48 Selbstbehalte von dem Versicherten einziehen.

49 • der Ausgliederung aller zahnärztlichen und zahntechnischen Leistungen.

50 Bereits heute wird ein Teil der Kosten durch private Zuzahlungen getragen oder durch
51 ergänzende private Zusatzversicherungen abgedeckt. Patienten und Zahnärzte sind
52 daher
53 bereits an Marktprinzipien und patientenspezifische Abrechnung gewöhnt. Die
54 individuelle Mehrbelastung durch die Ausgliederung aller zahnärztlichen und
55 zahntechnischen Leistungen in den eigenverantwortlichen bzw. privaten Bereich ist
56 daher relativ gering.

57 • Die Pflichtversicherung abzuschaffen und durch eine Pflicht zur Versicherung zu
58 ersetzen.

59 Jeder Person soll es ermöglicht werden, zumindest den Basistarif der privaten
60 Krankenversicherer wahrzunehmen und somit zu einer nachhaltig finanzierten
61 Gesundheitsversorgung beizutragen. Jedoch soll im Gegenzug die Berechtigung zur
62 Rückkehr in die gesetzliche Krankenversicherung auf ein Alter von 40 Jahren
63 abgesenkt
64 werden und für Rückkehrer die Beitragsbemessungsgrenze abgeschafft werden.

65

66 Langfristig muss jedoch die gesetzliche Krankenversicherung ihre tragende Rolle in
67 der Gesundheitsversorgung abgeben. Ersetzt werden soll die Pflichtversicherung mit
68 einer Umlagefinanzierung durch eine Pflicht zur Versicherung durch eine privat
69 organisierte Kapitaldeckung. Dabei soll der PKV-Basistarif, welcher dem
70 Leistungsumfang der gesetzlichen Krankenversicherung entspricht, bestehen bleiben.
71 Die verschiedenen Krankenkassen werden somit zu einer gesetzlichen
72 Krankenversicherung zusammengeführt. Diese soll künftig nur noch Bedürftige
73 finanziell unterstützen, den Basistarif der privaten Versicherer wahrzunehmen, wenn
74 diese sich länger als ein Jahr lang im Notlagentarif eines privaten Versicherers
75 befinden. In diesem Zuge ist der Beitrag zu der gesetzlichen Krankenversicherung
76 deutlich abzusenken. Mit dieser Reform gewinnen die privaten Krankenversicherer
77 deutlich an Bedeutung. Um hier jedoch eine patientenorientierte medizinische
78 Versorgung zu sichern, ist das Kostenerstattungsprinzip in der privaten
79 Krankenversicherung gesetzlich zu implementieren und die Gebührenordnung für Ärzte
80 weiter beizubehalten. Rabattverträge oder Budgetierungen zwischen den privaten
81 Versicherern und Ärztinnen und Ärzten sind daher strikt zu untersagen. Um eine
82 Aktualität dieser zu gewährleisten und die Gebührenordnung für Ärzte vom politischen
83 Kalkül unabhängig zu machen, soll ein gemeinsamer Ausschuss mit Vertretern der
84 Bundesärztekammer und der privaten Versicherungsunternehmen eingesetzt werden. Das

- 85 Bundesministerium für Gesundheit soll hier lediglich die Aufgabe der Rechtsaufsicht
86 wahrnehmen. Die Sicherstellung einer flächendeckenden medizinischen Versorgung wird
87 an die Ärztekammern bzw. Zahnärztekammern übertragen.

Begründung

erfolgt mündlich

Antrag 13: Enteignungs-Fetisch stoppen – Art 15 und Art 14 Abs 3 GG streichen!

Antragsteller*in:	BV Pankow
Status:	eingereicht

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 **Enteignungs-Fetisch stoppen – Art 15 und Art 14 Abs 3 GG streichen!**
- 2 Die Jungen Liberalen Berlin fordern die Artikel 15 und Artikel 14 Absatz 3 des
- 3 Grundgesetzes ersatzlos zu streichen.

Begründung

Der Schutz von Eigentum hat Verfassungsrang. Dennoch sieht das Grundgesetz eine unmittelbare Beschneidung des Eigentumsschutzes vor. Auf Basis eines Gesetzes darf nach Art. 14 Absatz 3, bzw. Art. 15, eine Enteignung im Interesse der Allgemeinheit gegen eine Entschädigung vorgenommen werden. Auch wenn dieser Mechanismus bis dato zumeist für kleine Vorgänge verwendet wurde, wie die Enteignung privater Grundstücke zum Bau von Straßen, Bahntrassen oder Kohletagebaue, stellt sie einen empfindlichen Eingriff des Staates in die persönliche Souveränität der Bürgerinnen und Bürger dar. Nicht zuletzt beim Berliner Volksentscheid „Deutsche Wohnen enteignen“ 2021 zeigte sich, dass die bloße Existenz dieses Instruments, gefährliche politische Phantasien zur Folge haben kann. Durch die fortlaufende Enteignungsdebatte sind Eigentümer verunsichert und halten Investitionen zurück. Anstatt weiterhin linkssozialistischen Ideen Nährboden zu bereiten, sollte sich der Staat gänzlich dem Schutz des privaten Eigentums verschreiben. Für die oben genannten „kleinen“ Fälle des Art. 14(3), bzw. Art. 15, existiert weiterhin die Möglichkeit bilaterale Einigungen zwischen dem Staat und dem Eigentümer auf Augenhöhe zu finden – notfalls unter Einbeziehung eines externen Schlichters.

Antrag 14: Chancengerechtigkeit ist nicht umsonst

Antragsteller*in:	Alexander Kobuss, Moritz Wimmer, Ioana Cristina Turbatu, Tobias Bergmann, Benjamin Dahler, Phillip Proske, Laurent Putzier
Status:	eingereicht

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 **Chancengerechtigkeit ist nicht umsonst**
- 2 Jedes Kind in Deutschland hat es verdient, seine Talente maximal frei zu entfalten.
- 3 Wir kämpfen deshalb für Chancengerechtigkeit. Eltern müssen möglichst viel Freiheit
- 4 bei der Schulwahl ihrer Kinder bekommen und Schulen in benachteiligten Gegenden
- 5 müssen besonders gefördert werden. Nach der Schule muss auch jeder junge Erwachsene
- 6 die Möglichkeit bekommen, sich entweder durch eine Ausbildung oder ein Studium
- 7 optimal auf das Arbeitsleben vorzubereiten. Ein gebührenfreies Studium hingegen ist
- 8 kein Beitrag zur Chancengerechtigkeit. Ganz im Gegenteil bedeutet es, dass Menschen
- 9 mit geringeren Einkommen und niedrigeren Bildungschancen Studenten subventionieren.
- 10 Wir sprechen uns deshalb klar für die Einführung von Studiengebühren aus. Durch
- 11 diese
- 12 Maßnahme werden die Steuerzahler entlastet und die Qualität der Bildung erhöht. Dem
- 13 Gebot der Chancengerechtigkeit ist aber weiterhin auch zu entnehmen, dass es für
- 14 jeden unabhängig vom Elternhaus möglich sein muss zu studieren. Deshalb sollen die
- 15 Studiengebühren für Deutsche, in Deutschland lebende Ausländer und EU Bürger
- 16 nachgelagert sein. Die Rückzahlung der Gebühren erfolgt nur beim Erreichen eines
- 17 überdurchschnittlichen Einkommens und kann sich über mehrere Jahre strecken.
- 18 Studenten aus dem nicht-EU Ausland sollen durch das Zahlen von höheren Gebühren
- 19 direkt einen stärkeren Beitrag zur Finanzierung des deutschen Bildungssystems
- 20 leisten. Deutschland soll aufgrund von exzellenten Universitäten attraktiv für
- 21 ausländische Studenten sein, nicht wegen der geringen Kosten. Für besonders
- 22 talentierte ausländische Studenten soll es verstärkt Stipendien geben, um
- 23 Deutschland
- 24 attraktiv für die klügsten Köpfe zu machen. Außerdem soll es dem Staat möglich sein
- 25 Studiengänge stärker zu fördern, in denen ein großer Fachkräftemangel herrscht.

Begründung

Erfolgt mündlich.

Antrag 15: Privat vor Staat - auch bei der Krankenkasse

Antragsteller*in:	Alexander Kobuss
Status:	eingereicht

Die Versammlung möge beschließen:

1 **Privat vor Staat - auch bei der Krankenkasse**

2 Die Pandemie hat die Schwachstellen unseres Gesundheitssystem für die Bevölkerung
3 deutlich gemacht. Ständig steigende Krankenkassenbeiträge kaschieren die marode
4 Finanzierung der gesetzlichen Krankenkassen. Staatliche Umlagefinanzierung und
5 Planwirtschaft der Bepreisung mag gut gemeint sein; sie ist aber teuer und kostet
6 jeden Tag Menschen das Leben, weil sie nicht die Versorgung erhalten, die sie
7 brauchen. Deutschland hat im OECD Vergleich mit die höchsten Kosten für das
8 Gesundheitswesen bei einer immens gesteigerten Übersterblichkeit. Daher ist es
9 notwendig das System der Kranken- und Pflegeversicherung in Deutschland neu zu
10 denken.

11 Die schrittweise Liberalisierung des Gesundheitswesens soll eine höhere Qualität der
12 Gesundheitsversorgung zu geringeren Kosten für alle Bürgerinnen und Bürger
13 gewährleisten, sodass jede Person die individuelle Leistung erhält, die sie
14 benötigt.

15

16 **Phase 1: Reform der gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung**

17 Um einen graduellen Übergang zu einer schrittweisen Liberalisierung zu ermöglichen,
18 müssen zunächst die Schwächen des Systems von Gesetzlicher Krankenversicherung (GKV)
19 und Privater Krankenversicherung (PKV) angegangen werden. Dafür soll das staatliche
20 Angebot der GKV in einen Wettbewerb mit den privaten Gesundheitsdienstleistungen
21 treten. Nach Schweizer Vorbild soll der Deutsche Versicherungszwang durch eine
22 allgemeine Pflicht zur Versicherung ersetzt werden. Die Beitragsbemessungsgrenze für
23 den Eintritt in die PKV wird abgeschafft. Es soll allen Bürgerinnen und Bürgern
24 künftig möglich sein, zwischen den Dienstleistern der GKV und PKV frei zu
25 entscheiden

26 und beliebig zu wechseln. Kontrahierungszwänge, die Versicherungsnehmer fest an die
27 GKV oder PKV fesseln, sollen untersagt und wettbewerbsrechtlich verfolgt werden. Um
28 auch die Option privater Zusatzversicherungen attraktiver zu gestalten, soll die
29 Abschaffung gesetzlicher Preiskontrollen für die Leistungen der
30 Krankenversicherungen

31 forciert werden. Dadurch werden wirtschaftliche Fehlallokationen durch staatliche
32 Preiskontrollen vermieden und bessere Qualität der medizinischen Leistungen für
33 Patientinnen und Patienten gesichert. Die Versicherungssteuer soll abgeschafft
34 werden

35 und stattdessen Versicherungen unter den ermäßigten Umsatzsteuersatz fallen. Die
36 Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung sollen von der Umsatzsteuer ausgenommen
37 sein.

38 Ebenso müssen Leistungen, die durch die gesetzlichen Krankenkassen angeboten werden,
39 sorgfältig geprüft werden. Das erprobte Instrument des Gemeinsamen Bundesausschusses

40 (G-BA) ist am besten dafür geeignet, um evidenzbasiert medizinische Dienstleistungen
41 in den Katalog der GKV mit aufzunehmen. Die schleichende Zentralisierung dieser
42 Kompetenz in das Bundesgesundheitsministerium lehnen wir ab und fordern, dass
43 künftig
44 der G-BA diese Entscheidungen wieder ausschließlich trifft. Darüber hinaus muss bei
45 einem modernen Gesundheitssystem die Prävention im Vordergrund stehen. Die
46 gesetzlichen Leistungen, die der G-BA prüft, sollen in Zukunft deutlich stärker auf
47 Prävention ausgelegt werden, um schwere und kostenintensive Krankheitsbilder zu
48 vermeiden und die Finanzierung generationengerechter und nachhaltiger zu gestalten.
49 In diesem Zusammenhang fordern die Jungen Liberalen ebenfalls die Schaffung größerer
50 Transparenz für einzelne Dienstleistungen, indem die Patientinnen und Patienten der
51 GKV auch Kenntnis über sämtliche Kosten ihrer Behandlung erhalten sollen. Nach
52 Schweizer Vorbild soll für alle Leistungen der Kranken- und Pflegeversicherung eine
53 gedeckelte Selbstbeteiligung der Versicherungsnehmer eingeführt sein. Die
54 Selbstbeteiligung gilt für alle Leistungen unter einer angemessen niedrigen
55 Kostengrenze und wird durch den G-BA festgelegt.

56

57 **Phase 2: Einführung eines nachhaltigen Gesundheitssystems**

58 Selbst die notwendigen Reformen im staatlichen Gesundheitssystem können nicht die
59 strukturellen Probleme staatlicher Umlagefinanzierung lösen. Daher soll nach der
60 Einführung, der in Phase 1 beschriebenen Reformen, innerhalb von zehn Jahren der
61 Übergang in ein nachhaltiges System der Gesundheitsversorgung geschaffen werden.
62 Dabei sollen die gesetzlichen Krankenversicherungen als Körperschaften öffentlichen
63 Rechtes in private Trägerschaft überführt werden. Innerhalb der zehnjährigen
64 Übergangsfrist sollen alle übrigen Mechanismen der staatlichen Preiskontrolle im
65 Gesundheitssystem entfallen. Das gilt auch uns insbesondere für die Preiskontrolle
66 von Medikamenten. Insbesondere in der Anfangszeit soll das Bundeskartellamt illegale
67 Preisabsprachen kontrollieren und verhindern. Die Pflicht zur Versicherung gilt
68 weiterhin für alle Deutschen Staatsbürger. Anbieter von Kranken- und
69 Pflegeversicherungen dürfen keine Person aufgrund von Vorerkrankungen von ihren
70 Versicherungsleistungen ausschließen.

71 **Alternative 1:** Um Wettbewerbsverzerrung zu verhindern, soll nach Schweizer Vorbild
72 ein gemeinsamer Fonds der Krankenkassen eingerichtet werden, aus dem
73 Ausgleichszahlungen an die Träger finanziert werden, die Menschen mit
74 schwerwiegenden Vorerkrankungen aufnehmen.

75 **Alternative 2:** Um Wettbewerbsverzerrung zu verhindern, sollen Krankenkassen, die
76 Menschen mit entsprechend schwerwiegenden Vorerkrankungen aufnehmen, eine
77 Ausgleichszahlung aus Steuermitteln erhalten.

78 Die Versicherungsbeiträge sollen nicht länger einkommensabhängig erhoben werden,
79 sondern sich am Gesundheitszustand und dem Erkrankungsrisiko des Individuums
80 orientieren. Für soziale Härtefälle soll ein entsprechender Ausgleichsfonds nach dem
81 Vorbild Singapurs eingerichtet werden. Die Versicherungsanbieter können hierbei
82 gesundes Verhalten finanziell belohnen. Durch den finanziellen Anreiz ungesundes
83 Verhalten zu unterlassen, wird die Gesundheit der einzelnen Individuen deutlich
84 verbessert und gesunde Menschen müssen nicht für ungesundes Verhalten anderer
85 Mitversicherter aufkommen. Dadurch, dass ungesund lebende Menschen sich freiwillig

86 für das Zahlen höherer Versicherungsbeiträge entscheiden, entfällt auch jegliche
87 Legitimation für die Beibehaltung staatlicher Lenkungssteuern. Daher sollen alle
88 Lenkungssteuern, wie beispielsweise die Schaumwein- und Zwischenerzeugnissteuer,
89 Alkopopsteuer, Biersteuer, Alkoholsteuer, Kaffeesteuer und Tabaksteuer, abgeschafft
90 werden. Neue Lenkungssteuern wie beispielsweise die viel diskutierte Zuckersteuer
91 lehnen wir ab.

Begründung

Erfolgt mündlich.

Antrag 16: Den Ideenwettbewerb zwischen Museen erhalten

Antragsteller*in:	BV SZ
Status:	eingereicht

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 **Den Ideenwettbewerb zwischen Museen erhalten**
- 2 Die Bundesrepublik blickt auf eine lange Tradition als Kulturnation zurück. Unser
- 3 Ziel ist es, die Vielfalt und die Freiheit des Kulturlebens in Deutschland
- 4 abzusichern. In diesem Zusammenhang arbeiten wir daran, die kulturelle Bildung in
- 5 unserem Land auszubauen. Eine wichtige Rolle spielen dabei unsere Museen. In diesem
- 6 Zusammenhang setzen wir nicht nur auf solche in öffentlicher Trägerschaft, sondern
- 7 auch auf die in Trägerschaft von Stiftungen und Vereinen. Eine gesunde
- 8 Wettbewerbskultur zwischen den verschiedenen Einrichtungen erachten wir dabei als
- 9 förderliche Anreizstruktur. Eben diesen Wettbewerb insbesondere zuungunsten von
- 10 Museen in Trägerschaft von Stiftungen und Vereinen auszuhebeln, indem kostenloser
- 11 Eintritt in Museen öffentlicher Trägerschaft gewährt wird, halten wir daher für
- 12 kontraproduktiv. Deshalb setzen wir uns dafür ein, grundsätzlich die Erhebung eines
- 13 Entgelts in öffentlichen Museen als wichtige Einkommensquelle mit positiver
- 14 Anreizwirkung für den Ideenwettbewerb aufrecht zu erhalten.

Begründung

Erfolgt mündlich.

Antrag 17: München von Zuhause erleben

Antragsteller*in:	BV SZ
Status:	eingereicht

Die Versammlung möge beschließen:

1 **München von Zuhause erleben**

2 Die Ausbildung zum deutschen Patentanwalt erfordert neben einer zweijährigen
3 Ausbildung bei einem Patentanwalt einen achtmonatigen Aufenthalt in München
4 (sogenanntes Amtsjahr). In dieser Zeit sollen Einblicke in das Deutschen Patent- und
5 Markenamt sowie Einblicke in das Bundespatentgericht in München gewonnen werden.
6 Viele Patentanwaltskandidaten leben allerdings nicht in München und müssen nur für
7 das Amtsjahr nach München ziehen. Dies stellt oft eine enorme Belastung dar,
8 insbesondere da Patentanwaltskandidaten aufgrund der langen Ausbildung sich oft schon
9 in einem Alter befinden, in dem die Familienplanung bereits begonnen hat und daher
10 familiäre Verpflichtungen sie Zuhause halten. Zudem wird das Amtsjahr nicht vergütet,
11 sodass ein Umzug nach München für viele auch eine finanzielle Herausforderung
12 darstellt.

13 Während der Coronapandemie hat sowohl das Deutschen Patent- und Markenamt als auch
14 das Bundespatentgericht in München bewiesen, dass das Amtsjahr auch größtenteils
15 digital mit einer minimalen Anzahl an Pflichtveranstaltungen durchgeführt werden
16 kann. Anstatt jedoch diese digitale Errungenschaft weiterzuführen, wird wieder auf
17 Präsenz gesetzt.

18 Die Jungen Liberalen fordern daher:

- 19 • Das Amtsjahr soweit wie möglich zu digitalisieren mit einer minimalen Anzahl an
20 Präsenzveranstaltungen. Die Möglichkeit das Amtsjahr in Präsenz wahrnehmen zu
21 können, soll für diejenigen, die das wollen, beibehalten werden.
- 22 • Insofern Präsenzveranstaltungen unvermeidbar sind, sollten diese soweit wie
23 möglich gebündelt werden an einem Tag beziehungsweise an aufeinanderfolgenden
24 Tagen, sodass Patentanwaltskandidaten, die nicht nach München ziehen können, nur
25 für wenige Tage nach München kommen müssen.
- 26 • Eine Bekanntmachung aller Termine während des Amtsjahr so früh wie möglich,
27 vorzugsweise mindestens ein Jahr vor Beginn eines Amtsjahres, um den
28 Patentanwaltskandidaten die bestmögliche Planungssicherheit zu geben.
- 29 • Eine Unterhaltsbeihilfe ähnlich zu der von Rechtsreferendaren einzuführen.

Begründung

Erfolgt mündlich.